

Reichs-Gesetzblatt.

№ 34.

Inhalt: Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. S. 351.

(Nr. 1271.) Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Vom 21. Oktober 1878.

Kapitel 5
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc.

verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt:

§. 1.

Bereine, welche durch sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische Bestrebungen den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung bezwecken, sind zu verbieten.

Daselbe gilt von Vereinen, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- oder Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in irgend einer Weise zu Tage treten, welche die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten.

Den Vereinen stehen Gleich Verbindungen jeder Art.

(1878 bis September 1890)

§. 2.

Auf eingetragene Genossenschaften findet im Falle des §. 1 Abs. 2 der §. 35 des Gesetzes vom 4. Juli 1868, betreffend die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften, (Bundes-Gesetzbl. S. 415 ff.) Anwendung.

Auf eingeschriebene Hülfskassen findet im gleichen Falle der §. 29 des Gesetzes über die eingeschriebenen Hülfskassen vom 7. April 1876 (Reichs-Gesetzbl. S. 125 ff.) Anwendung.

§. 3.

Selbständige Kassenvereine (nicht eingeschriebene), welche nach ihren Statuten die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, sind im Falle des

5.1. Das „Sozialistengesetz“

Reichskanzler Otto von Bismarck, Monarchisten und Konservative betrachteten die erstarkende Sozialdemokratie als „Reichsfeinde“ und gingen schon vor dem Sozialistengesetz mit repressiven Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften vor.

Zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. - mit denen die Sozialdemokraten nichts zu tun hatten - lieferten Bismarck den Vorwand, lange geplante gesetzgeberische Repressalien gegen die Sozialdemokratie im Reichstag durchzusetzen. Das am 19. Oktober 1878 vom Deutschen Reichstag mit 221 gegen 149 Stimmen beschlossene und am 21. Oktober 1878 von Wilhelm I verkündete "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" endete - nach Verlängerungen der Geltungsdauer des Gesetzes - am 30. September 1890.

Es bedeutete das Verbot der „Sozialistischen Arbeiterpartei“, der ihr nahestehenden Gewerkschaftsorganisationen und der Parteipresse. Viele Hunderte von Sozialdemokraten wurden verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt, fast tausend Funktionäre aus ihren Wohnorten ausgewiesen und viele ins Exil gezwungen. Legal konnten sich in Deutschland nur die - als Person, nicht als Vertreter ihrer Partei - in den Reichstag gewählten Sozialdemokraten betätigen.

Nach der Verhängung des "Sozialistengesetzes" waren Hausdurchsuchungen der Polizei bei Sozialdemokraten an der Tagesordnung. Die mühsam aufgebaute Parteiorganisation wurde zerstört, denn auch Versammlungen waren nicht mehr erlaubt. Mehr als 1300 Druckschriften, Zeitungen und Broschüren wurden verboten, 322 Vereine aufgelöst.

Trotz Verfolgung und Unterdrückung hatte die SPD während der 12 Jahre stetig Zulauf erhalten. In den letzten Wahlen unter dem Ausnahmegesetz gaben mehr als 1,4 Millionen Wähler den von der Partei informell unterstützten Direktkandidaten ihre Stimme. Ihr Anteil wuchs von 6,1 Prozent im Jahr 1881 auf 19,7 Prozent im Jahr 1890. Damit ließ sie erstmals die anderen Parteien hinter sich.

Als das Gesetz im September 1890 endlich offiziell aufgehoben wurde, war in der Partei der Boden für eine Periode des politischen Machtzuwachses bereitet. In Halle gab sie sich ein neues Organisationsstatut, und sie nahm ihren endgültigen Namen an: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD).

Aber auch nach 1890 wurden Sozialdemokraten und Gewerkschafter weiter behindert und schikaniert. Die rechtliche Ausgrenzung wurde aufgehoben, die gesellschaftliche Ausgrenzung blieb jedoch noch eine lange Zeit - mit nachhaltiger Auswirkung auf ihr Verhältnis zum Staat.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

5.2. Gewerkschaftliche Organisationen in Varel unter dem „Sozialistengesetz“

Die Spuren einer gewerkschaftliche Bewegung in Varel, die mit dem Hirsch-Dunker'schen „Gewerkverein für Fabrik- und Handarbeiter“ von 1869 (siehe Kapitel 2), der lassalleanischen Gewerkschaftsorganisation von 1870 und dem 1878 nachgewiesenen Schneider-Verband (siehe Kapitel 4) ihren Anfang genommen hatten, lassen sich bereits wieder unter dem repressiven „Sozialistengesetz“ aufnehmen. In Varel waren es die Buchdrucker, die Tischler, die Metallarbeiter und Schlosser sowie die Tabakarbeiter, die die organisatorische Tradition fortsetzten.

5.2.1. Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker in Varel (ab 1880)

Als eine der ältesten deutschen Gewerkschaften hatte sich auf dem ersten Deutschen Buchdruckertag vom 20. bis 22. Mai 1866 in Leipzig der „Verband der Deutschen Buchdrucker“ gegründet. Um infolge des in Kraft getretenen „Sozialistengesetzes“ nicht verboten zu werden, benannte sich der Verband 1879 in „Unterstützungsverein Deutscher Buchdrucker“ um.

Der Sitz wurde nach Stuttgart verlegt und die Verbandskasse konnte vor dem staatlichen Zugriff in die Schweiz gerettet werden. Auf der 1. Generalversammlung 1879 in Hannover wurde der umfassende Aufbau einer Arbeitslosenunterstützung und die Gründung einer „Zentralen Kranken- und Begräbniskasse“ beschlossen. Die 3. Generalversammlung 1885 in Berlin beschloss u.a. die Erteilung von Rechtsschutz für die Mitglieder der Vereins. 1888 verlegt der Verband seinen Sitz nach Berlin. Nach Aufhebung des Sozialistengesetzes wurde 1891 wieder der ursprüngliche Name „Verband der Deutschen Buchdrucker“ angenommen.

Zentralorgan des Verbandes war der in Leipzig erscheinende „Correspondent“.



Abb.: Titel der Verbandszeitung der Buchdrucker.

In Varel existierte, soweit bisher nachweisbar, mindestens seit Anfang der 1880er Jahre eine örtliche Mitgliedschaft. Der Bezirk Oldenburg im „Nordwestgau“ des „Unterstützungsvereines der Deutschen Buchdrucker“ berichtete im Mai 1880 über das Thema „Lehrlingszüchtereie“ (Einsatz von Lehrlingen als Gehilfen) und das **Verhältnis Gesellen-Lehrlinge in Varel:**

*„Firma **Breithaupt & Wettermann** neben zwei mitarbeitenden Prinzipalen und 2 Gehilfen 4 Lehrlinge, **Allmers** 1 Gehilfe 4 Lehrlinge (...).“* Weiter ist zu lesen: *„Am 1. Pfingstfeiertage wurde in Rastede die diesjährige Bezirksversammlung abgehalten; viele Oldenburger, theils zu Fuß, theils per Bahn kommend, und die **Delegirten aus Varel** und Jever waren dazu eingetroffen (...). Von der Versammlung wurde beschlossen, (...) in Varel und Jever **eine Zahlstelle für die Ausgesteuerten [Arbeitslosen] einzurichten.** (...).“*¹

1 „Correspondent“, Leipzig, 28. Mai 1880.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

Im **April 1883** zählte der Bezirk Oldenburg für die Stadt Oldenburg, Jever, Wilhelmshaven, Berne, Elsfleth, Westerstede, Delmenhorst, Vechta und **Varel** insgesamt 58 Mitglieder.

Auf der Bezirksversammlung am **29. April 1883** in Oldenburg, „die leider wieder nicht gut besucht war“, nahmen aus Varel keine Mitglieder teil. Die Versammlung beschäftigte sich wieder mit der „*Bekämpfung des Lehrlingsunwesens*“, die noch in drei ungenannten Druckereien des Landes Oldenburg bestand, sowie mit der Tarifffrage: „*Unser Bezirk zeichnete sich bisher vor vielen anderen durch eine durchweg tarifmäßige Bezahlung aus*“, allerdings hatten sich „*meist wohl durch eigene Schuld der betreffenden Mitglieder einige Mängel eingeschlichen*“. Ein Antrag des Vorstandes, die Unterstützung für ausgesteuerte Kollegen zu erhöhen, „*wurde angenommen und dieselbe in Oldenburg auf 2 Mark, in Varel und Jever auf je 1 Mark festgesetzt*“.²

Vom **April 1890** liegt eine weitere Notiz aus dem Bezirk Oldenburg vor, in der Druckereibesitzer Allmers aus Varel „*als Schmerzenskind der hiesigen Verwaltung [des Verbandes]*“ bezeichnet wird, „*welcher mit seinem glänzend dastehenden Gemeinnützigem stark im Freisinn macht, in demselben eifrig dem Prinzip der Selbsthilfe, den Gewerkvereinen, das Wort redet, selbst aber, statt mit gutem Beispiel voranzugehen, lieber sogenannte 'Zufriedene' beschäftigt.*“ Als der Bezirksvorstand Allmers um Aufnahme einer Anzeige bat, in der die tariftreuen Druckereien aufgelistet wurden, lehnte Allmers dies „empört“ ab: „*Allmers schrieb (...): 'Die uns gesandte Anzeige haben wir nicht aufgenommen. Es muß eben jeder Prinzipal selbst wissen, wen er in seinem Geschäft aufstellen kann. (...)' (...).*“³ Die Varel Mitgliedschaft bestand nach Ende des „Sozialistengesetzes“ weiter und wandelte sich dann in den Ortsverband des wieder neu entstandenen „Verbandes der Deutschen Buchdrucker“ um.

5.2.2. „Fachverein der Tischler“ in Varel (März 1886 und ab Januar 1889)

Als einer der noch unter dem „Sozialistengesetz“ entstandenen Vorläufer des späteren „Deutschen Holzarbeiter-Verbandes“ wurde 1884 ein „Fachverein der Tischler und verwandter Berufsgenossen zur Unterstützung reisender Kollegen“ gegründet. Verbandsorgan war die in Hamburg erscheinende „Neue Tischler-Zeitung“



Abb.: Titel der Verbandszeitung der Tischler.

2 „Correspondent“, Leipzig, 13. Mai 1883.

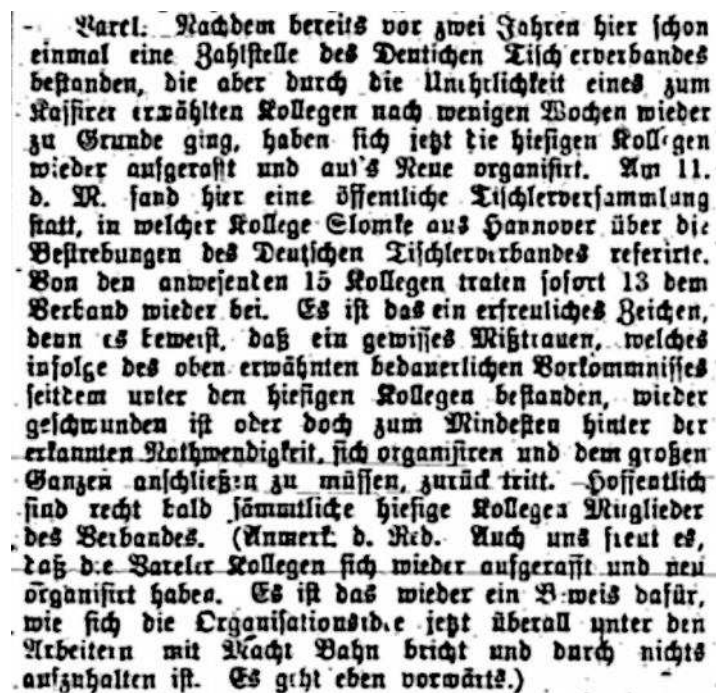
3 „Correspondent“, Leipzig, 2. April 1890.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

Im März 1886 erfolgte die Gründung einer ersten Vareler Zahlstelle des „Fachvereins“. Der Kassierer Johann Christian August Querfurth, der als Tischlergeselle beim Tischlermeister Wilhelms beschäftigt war, brannte allerdings einige Tage später mit der Vereinskasse und den ersten Mitgliederbeiträgen durch. Am 15. Mai 1886 berichtete der Vareler Polizeidiener, der Erkundigungen über die Existenz des Fachvereins einholen sollte, dass die Organisation nicht mehr bestehe. Querfurth wurde ergriffen und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt.⁴

Als Nachfolger des „Fachvereins der Tischler“ entstand am 11. April 1887 der „Deutsche Tischler-Verband“. **Mitte Januar 1889** wurde ein erneuter Anlauf unternommen, auf einer Versammlung bei Hövelmeyer eine Zahlstelle Varel zu gründen. Der Redner Büscher aus Bremen, der zur „Nothwendigkeit der gewerblichen Fachorganisation“ referierte, war nach dem Bericht des „Norddeutschen Volksblattes“ jedoch nicht in der Lage, „eine auch nur einigermaßen verständliche Aufklärung in Arbeiterkreisen über dies recht einfache Thema in öffentlicher Versammlung zu schaffen“. Ein in dieser „zum Zweck der Gründung einer Zahlstelle des deutschen Tischlerverbandes einberufene[n] Versammlung“ anwesender Metallarbeiter griff ein und als Resultat der Versammlung gründete sich ein „Fachverein der Metallarbeiter“ (siehe 2.3.).⁵

Schließlich gelang aber einige Wochen später doch die Gründung der Zahlstelle Varel des Tischler-Verbandes: Im Rahmen einer öffentlichen Tischler-Versammlung am **11. April 1889** referierte ein Kollege Glomke aus Hannover über die Bestrebungen des Verbandes und von 15 anwesenden Tischlern traten 13 dem Verband bei. In der „Neuen Tischler-Zeitung“ zeigte man sich erfreut, dass trotz der schlechten Erfahrungen in Varel zwei Jahre zuvor die örtlichen Kollegen „sich wieder aufgerafft und neu organisiert haben“.⁶



Varel. Nachdem bereits vor zwei Jahren hier schon einmal eine Zahlstelle des Deutschen Tischlerverbandes bestanden, die aber durch die Unthätigkeit eines zum Kassierer erwählten Kollegen nach wenigen Wochen wieder zu Grunde ging, haben sich jetzt die hiesigen Kollegen wieder aufgerafft und auf's Neue organisiert. Am 11. d. M. fand hier eine öffentliche Tischlerversammlung statt, in welcher Kollege Glomke aus Hannover über die Bestrebungen des Deutschen Tischlerverbandes referierte. Von den anwesenden 15 Kollegen traten sofort 13 dem Verband wieder bei. Es ist das ein erfreuliches Zeichen, denn es beweist, daß ein gewisses Mißtrauen, welches infolge des oben erwähnten bedauerlichen Vorkommnisses seitdem unter den hiesigen Kollegen bestanden, wieder geschwunden ist oder doch zum Mindesten hinter der erkannten Nothwendigkeit, sich organisiren und dem großen Ganzen anschließen zu müssen, zurück tritt. Hoffentlich sind recht bald sämmtliche hiesige Kollegen Mitglieder des Verbandes. (Anmerk. d. Red. Auch uns freut es, daß die Vareler Kollegen sich wieder aufgerafft und neu organisiert haben. Es ist das wieder ein Beweis dafür, wie sich die Organisationsidee jetzt überall unter den Arbeitern mit Macht Bahn bricht und durch nichts aufzuhalten ist. Es geht eben vorwärts.)

Abb.: „Neue Tischler-Zeitung“, Hamburg, 21. April 1889.

4 Vgl. Niedersächsisches Landesarchiv Oldenburg, Best. 136, Nr. 2769 (13).

Stadtarchiv Varel, Bestand 2.2., Nr. 836, o. Pag.

5 „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 16. Januar 1889.

6 „Neue Tischler-Zeitung“, Hamburg, 21. April 1889.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

Mit Datum 20. April 1889 war es der bei Tischlermeister Gerhard Tietjen beschäftigte **Tischlergeselle Bernhard Janßen**, der „im Auftrage des Vorstandes des hiesigen Fachvereins der Tischler“ dem Stadtmagistrat die Statuten des Deutschen Tischler-Verbandes und der Vareler Zahlstelle sowie einen Zettel übergab, auf dem die Mitglieder des örtlichen Vorstandes aufgelistet waren:

Bevollmächtigter: **Friedrich Grübmeier**; Kassierer: **W. Schröter** und Schriftführer **E. Cordes**. Das handschriftlich verfasste Vareler Statut war „Gültig von Januar 86 bis auf Weiteres“.⁷

Mit dem neuen „Bevollmächtigten“ hatten die Tischler allerdings auch kein Glück, denn dieser denunzierte im März 1890 beim Vareler Magistrat, wer in Varel sozialdemokratische Zeitungen las, unter den Denunzierten waren auch zwei seiner Berufskollegen.⁸

Die Zahlstelle blieb offenbar bestehen. Im April 1893 schlossen sich der Tischler-Verband und andere Fachvereine zum „Deutschen Holzarbeiter-Verband“ zusammen. Es gab in Varel über 20 Tischlereien, von denen einige mit mehr als 14 Hilfskräften arbeiteten, für Varel wurden dann im 2. Quartal 1893 allerdings nur **9 Mitglieder** des Holzarbeiter-Verbandes gezählt (siehe Kapitel 7).

5.2.3. Fachverein der Schlosser und Metallarbeiter in Varel (ab Januar 1889)

Mit Inkrafttreten des „Sozialistengesetzes“ 1878 waren alle bis dahin bestehenden Gewerkschaften der Metallbranche aufgelöst worden. In der Folgezeit entstanden als Ersatz diverse Fachvereine der einzelnen Berufssparten. Gemeinsames Verbandsorgan war die in Nürnberg erscheinende „Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung“.



Abb.: Titel der Verbandszeitung der verschiedenen „Fachvereine“ in der Metall-Industrie.

Im **Januar 1889** gründete sich in Varel eine Zahlstelle des „Fachverein der Schlosser und Metallarbeiter“, der gegründet wurde, als ein Bremer Redner die Gründung eines Tischlervereins anregen wollte. Die Rede des fremden Redners war so konfus, daß ein örtlicher Metallarbeiter die Versammlungsleitung übernahm und die Gelegenheit nutzte, um eine Metallarbeitergewerkschaft

⁷ Stadtarchiv Varel, Bestand 2.1., Nr. 340, o. Pag.

⁸ Ebd. Vermerk vom 14. März 1890: „Tischlergeselle Friedrich Grübmeier: Ich bringe zur Anzeige, daß der Cigarrenmacher Cordes, Tischler Siebel, Tischler Eilers, Schuhmacher Oetjengerdes einen Verein gegründet haben, in welchem Der Sozialdemokrat gehalten wird. Die Zusammenkünfte finden bei Hövelmeyer statt.“ Vermerk vom 15. März 1890: „Derselbe: Cigarrenmacher Drost, (...) Drechsler Franz Theilen (...) sind noch mit dabei, ebenso Arbeiter Bruns zu Dangastermoor.“

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

zu gründen (siehe oben). Es handelte sich um einen Eisenwerk-Arbeiter, der sich erst seit einigen Monaten in Varel aufhielt. Im Februar 1889 übermittelte er die Statuten und eine Mitteilung über den Vereinsvorstand an den Stadtmagistrat:

*„Es erscheint der Eisenwerk-Arbeiter (Dreher) **Friedrich Wilhelm Albert Riesche**, aus Frankfurt a.O[der]., seit Oktober 1888 in Varel:
Ich überreiche ein Statut des Fachvereins der Schlosser u. Metallarbeiter Varels u. Umgegend, mit dem Antrage, die Statuten, falls erforderlich, genehmigen zu lassen.*

Der Vorstand besteht aus

- 1.) *mir, dem ersten Vorsitzenden*
- 2.) *Georg Friedrichs, Former, II. Vors.*
- 3.) *Christiansen, Former, Schriftführer*
- 4.) *Ellinghausen, Robert, Schlosser*
- 5.) *Höfeling* 6.) *Habebusch* 7.) *Haase, Kassenrevisoren*

Ich bemerke, daß diese Statuten bereits in Preußen (z.B. in Wilhelmshaven) genehmigt [sind].“⁹

Die Leitung des Eisenwerks reagierte auf die Gewerkschaftsgründung mit der Anordnung, alle Arbeiter zu entlassen, die sich nicht vom Verein trennen wollten.

Sofort entlassen wurden der Vorsitzende und ein weiteres Vereinsmitglied.

Die beiden klagten vor dem Gewerbeschiedsgericht auf Einhaltung einer 14tägigen Kündigungsfrist. Der Fabrikant weigerte sich und so kam es zu einem Gerichtsverfahren, in dem den beiden Arbeitern der Lohn für 14 Tage zugesprochen wurde.

Der Stadtmagistrat forderte darauf eine Steuernachzahlung, etwa in Höhe des eingeklagten Lohns.¹⁰

Während dieses Konflikts berichtete das „Norddeutsche Volksblatt“ über die Lage im Eisenwerk. Angeprangert wurde vor allem die „Lehrlingszüchterei“.¹¹

Die Belegschaft bestehe zu einem Viertel aus Lehrlingen, die kaum handwerklich ausgebildet würden und somit kaum woanders Arbeit erhalten könnten.

Paul Hug kam am 21. März 1889 nach Varel.

In einer stark besuchten Versammlung sprach er zu dem Thema „Die Fachvereine und ihre Gegner“. Er skizzierte den Varelern die Gründungsgeschichte der Gewerkschaften. Sie seien notwendig, um die „Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise auf die Höhe des Lohnes und die Arbeitsbedingungen zu paralisieren“. Weiter geißelte er das Verhalten des nationalliberalen Direktors des Eisenwerks und des nationalliberalen Bürgermeisters, die beide das von den Liberalen erkämpfte Koalitionsrecht missachteten.¹²

Dennoch ging der Kampf verloren und der Fachverein unter.

Das Eisenwerk konnte sogar einen Paragraphen in die Fabrikordnung aufnehmen, der nicht nur die Mitgliedschaft in einem Fachverein, sondern auch die Teilnahme an einer von einem Fachverein organisierten Versammlung verbot.

9 Stadtarchiv Varel, Bestand 2.2., Nr. 836, o. Pag.

10 „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 17. März 1889.

11 „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 20. März 1889.

12 „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 24. März 1889.

Varel, 7. Januar. Was Alles in Beeinflussung der Arbeiter geleistet werden kann, davon giebt nachstehender Paragraph der Fabrikordnung der „Aktiengesellschaft für Maschinenbau und Eisenindustrie zu Varel a. d. Jade“ ein beredtes Zeugniß. Derselbe lautet:

Mit den Bestimmungen des § 2 ist die Theilnahme an Versammlungen, Vereinen oder die Mitgliedschaft solcher Fachvereine für Schlosser und Metallarbeiter nicht vereinbar, welche sich mit zur Aufgabe machen:

1. Unterstützung an reisende Mitglieder zu zahlen oder solche Mitgliedern anderer Schlosser- und Metallarbeiter-Fachvereine gewähren;
2. Unterstützung derjenigen Mitglieder, welche durch Aussperrung oder Arbeitseinstellung arbeitslos werden;
3. Regelung des Arbeitsnachweises und des Herbergswesens.

Mitglieder der oben bezeichneten Vereine können hier nur in Arbeit treten, nachdem sie ihren Austritt aus den Vereinen angezeigt haben oder solches unverzüglich thun wollen. Zuwiderhandlungen werden mit Lohnabzügen oder Geldstrafen und sofortiger Entlassung bestraft.

Zum besseren Verständniß wollen wir hier auch noch den obenangeführten § 2 dieser famoson Fabrikordnung folgen lassen:

Mit der Annahme übernimmt der Eintretende die Verpflichtung, die ihm übertragene Arbeit mit Fleiß und Sorgfalt auszuführen, den Vortheil des Werks nach besten Kräften zu wahren, zu fördern und Alles zu vermeiden, was die Arbeit und Ordnung auf dem Werk stören und demselben Nachtheil bringen könnte.

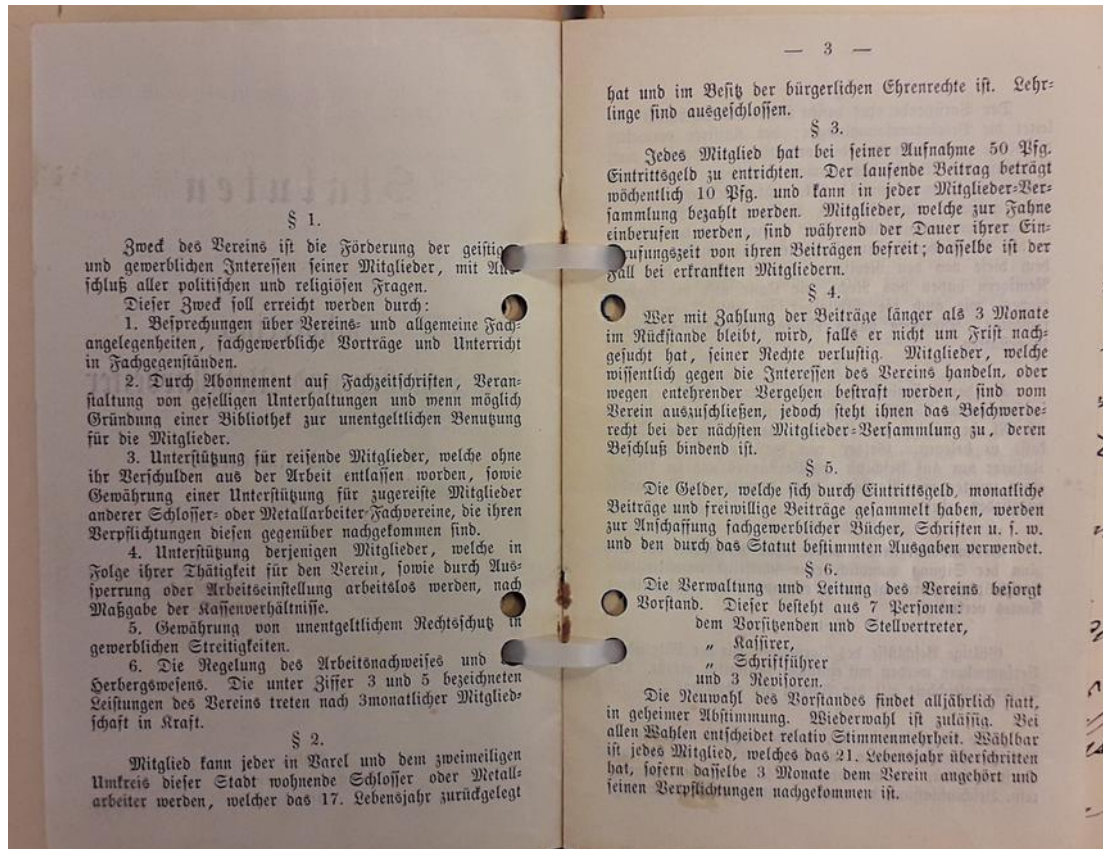
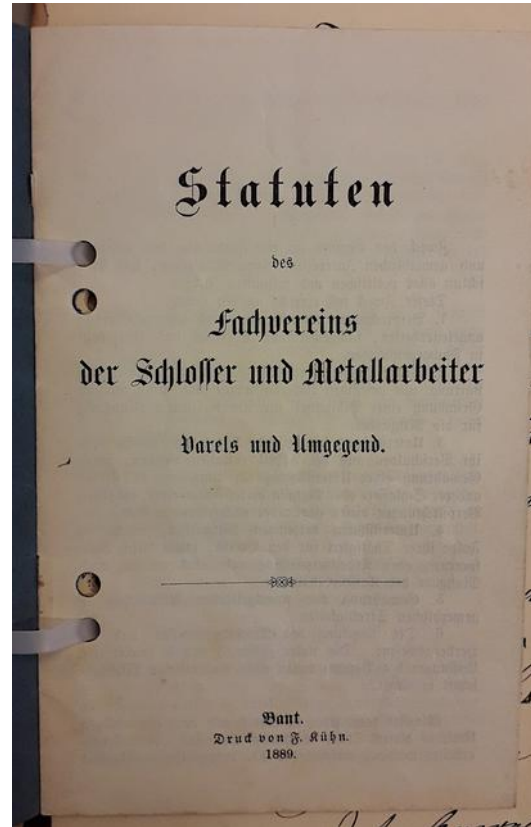
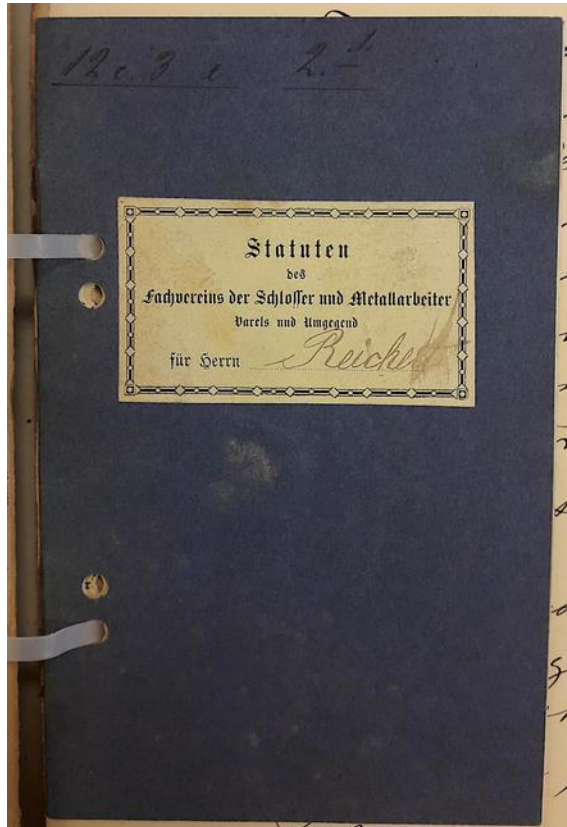
Für's erste scheint der Herr Direktor Lübbers, welcher, wie es den Anschein hat, die Fabrikordnung im Frühjahr 1889 revidirte, die Gewerbeordnung und den § 152 derselben gar nicht zu kennen und zweitens sind die Arbeiter auf den betreffenden Werken aufrichtig zu bedauern, daß sie sich eine derartige Fabrikordnung aufdrängen lassen. Leider sind die hiesigen Arbeiter schon soweit abgestumpft, daß ihnen jegliche Kraft zum Handeln, beinahe abhanden gekommen ist. Bei einem Lohne von 1,80 M. für gewöhnliche Arbeiter und 2,30 M. für Handwerker für 10¹/₂ bis 11¹/₂stündige Arbeitszeit ist es aber auch nicht zu verwundern, wenn dieselben immer mehr und mehr in ihrem eigenen Elend versumpfen, wenn die familiären Verhältnisse von Tag zu Tag schlechtere werden. Um wenigstens einigermaßen noch auszukommen, ziehen die Arbeiter oft stundenweit von der Fabrik ab, um nur an der Miethe etwas zu ersparen, wie denn überhaupt nicht einmal ein Drittel der auf dem Werke Beschäftigten in der Stadt wohnen kann wegen zu hoher Miethe. Trotzdem den Arbeitern durch die Behörden und das heutige Gerichtsverfahren so wie so der § 152 der Gewerbeordnung beinahe illusorisch gemacht wird, will man den Arbeitern auch noch das Recht nehmen, überhaupt einer Versammlung beizuwohnen. Es wird Zeit, daß die Arbeiter Varel's bald aus ihrem Schlafe aufgerüttelt werden und zu der Erkenntniß kommen, daß sie eine Besserung ihrer Lage nicht von dem nur Phrasen dreschenden Freisinn zu erwarten haben, sondern sich bei der nächsten Reichstagswahl einmüthig für die Sozialdemokratie erklären, von welcher sie eine wirkliche Besserung ihrer traurigen Lage erwarten können. R.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 12. Januar 1890.

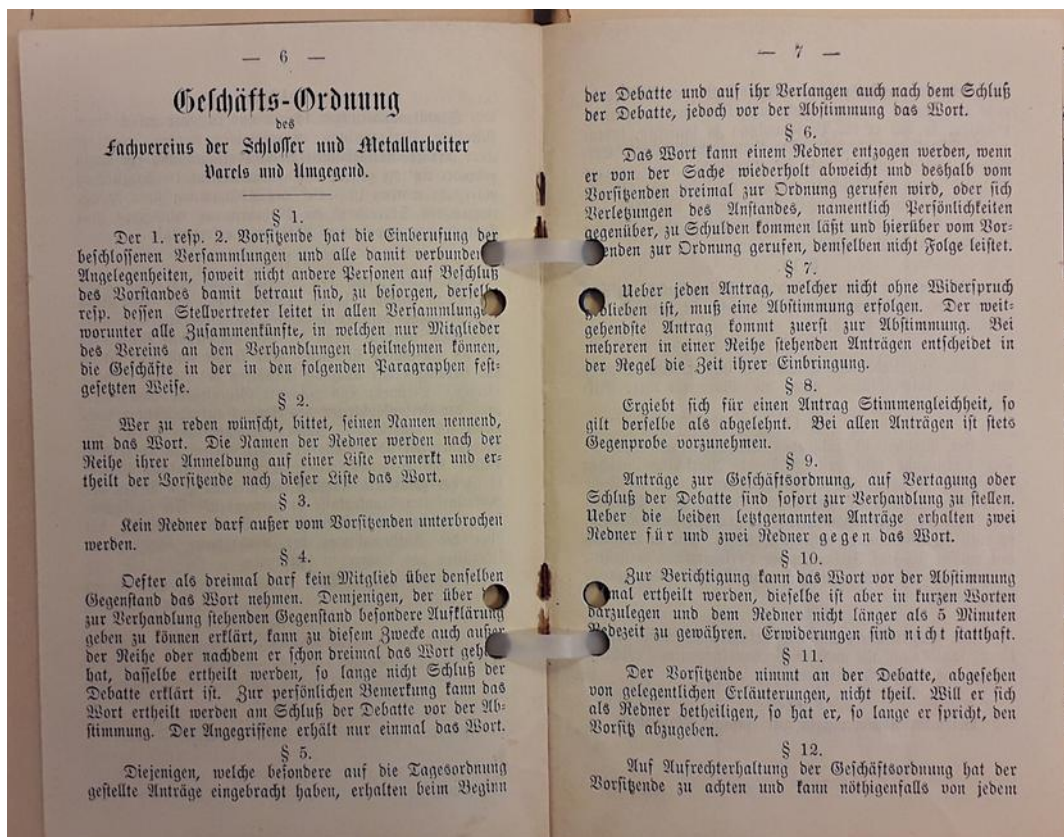
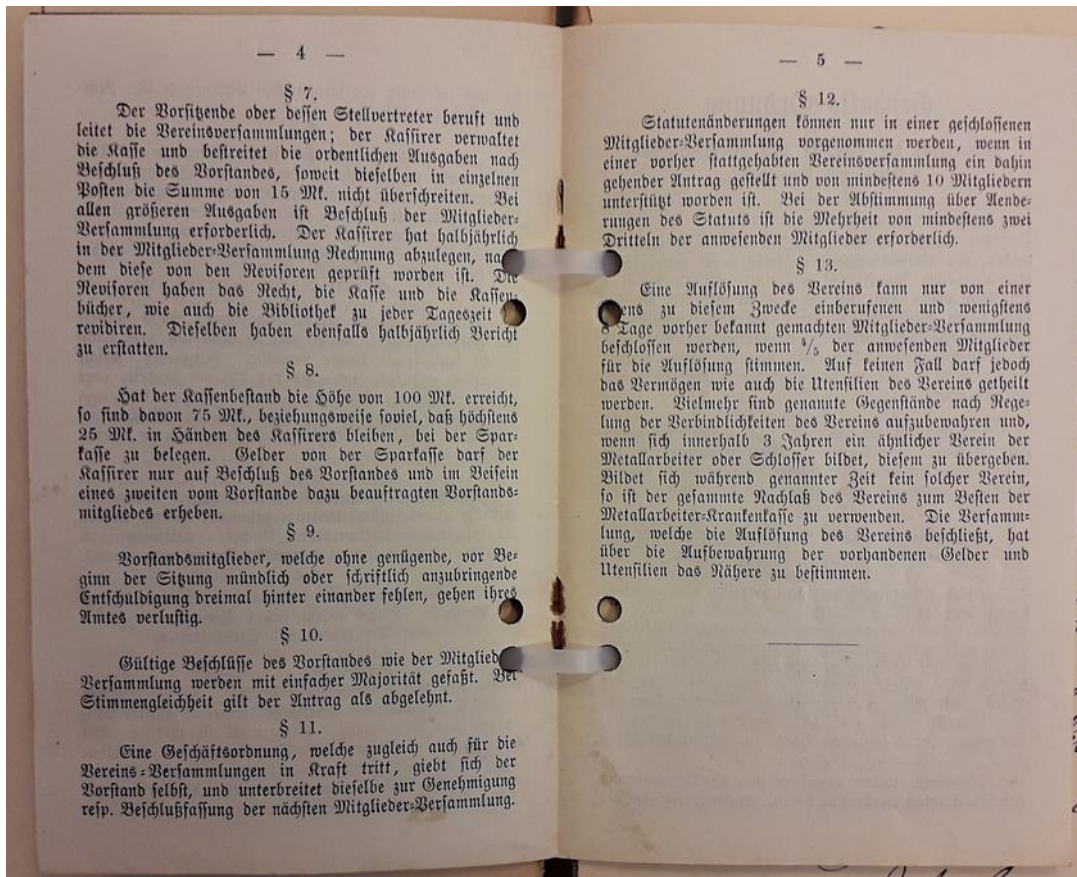
Trotz aller Zeichen von Solidarität resümierte das „Norddeutsche Volksblatt“: „*Leider sind die hiesigen Arbeiter schon so weit abgestumpft, daß ihnen jegliche Kraft zum Handeln beinahe abhanden gekommen ist.*“ Die Arbeiter würden immer mehr in ihrem eigenen Elend versumpfen und die familiären Verhältnisse würden von Tag zu Tag schlechter. An die langen Arbeitszeiten schlossen sich noch stundenlange Heimwege an. Weniger als ein Drittel der Belegschaft könne es sich leisten, in der Stadt zu wohnen. Somit bleibe keine Zeit zum Nachdenken.¹³ Die Vareler Eisenindustrie zählte im Jahre 1890 noch etwa 170 Arbeiter; 100 von ihnen arbeiteten im Eisenwerk. Erst 1894 organisierten sich die Metallarbeiter wieder in einer Vareler Zahlstelle des 1891 aus den verschiedenen Fachvereinen entstandenen „Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“.

13 „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 12. Januar 1890.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)



5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)



5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

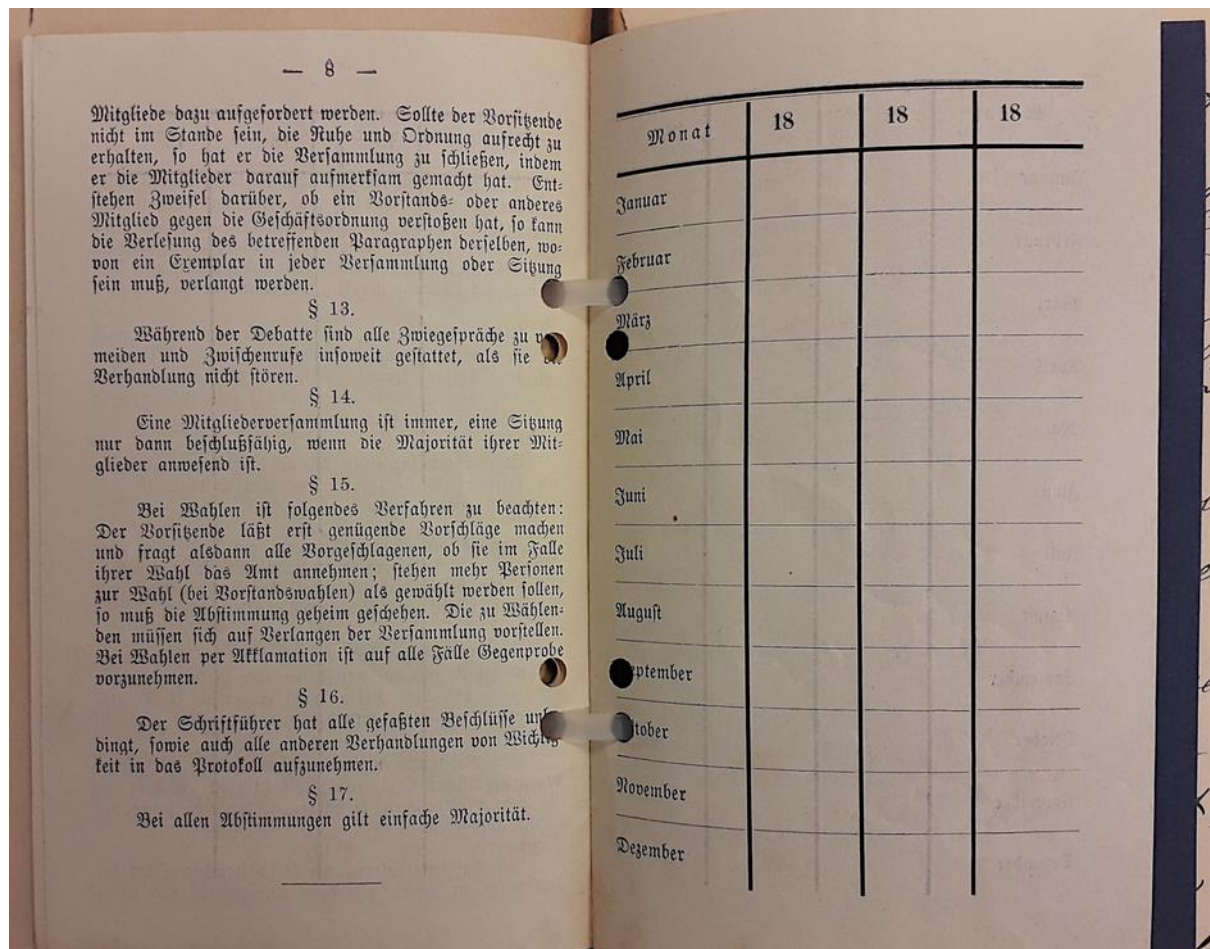


Abb.: Statut und Geschäftsordnung „Fachverein der Schlosser und Metallarbeiter Varel und Umgegend“ (1889).
Stadtarchiv Varel, Bestand 2.2., Nr. 836, o. Pag.

5.2.4. Unterstützungsverein Deutscher Tabakarbeiter in Varel (ab Februar 1889)

Die Tabakarbeitergewerkschaften gehören zu den ältesten gewerkschaftlichen Organisationen. Die „Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands“ wurde 1848 gegründet und war neben den Buchdruckern die zweitälteste Gewerkschaft in Deutschland. Nach dem Verbot 1865 entstand der „Allgemeine Deutsche Cigarrenarbeiter-Verein“, aus dem 1872 der „Deutsche Tabakarbeiter-Verband“ hervorging. Dieser wurde 1878 infolge des „Sozialistengesetzes“ verboten und konnte am 22. November 1882 als „Reiseunterstützungsverein deutscher Tabakarbeiter“ mit Sitz Bremen neu entstehen. 1889 wurde der Verein wieder in „Deutscher Tabakarbeiterverband“ umgewandelt.

Unter dem Datum 2. Februar 1889 zeigte der Vorsitzende des Unterstützungsvereines in Bremen, Johann Hermann Junge, der Vareler Polizeibehörde die Gründung einer Zahlstelle Varel an und meldete die Mitglieder des örtlichen Vorstandes: *„Mit der Führung der örtlichen Zahlstelle des Vereins sind vom Vorstande in Bremen folgende Personen beauftragt worden.*

*Als I. Bevollmächtigter Heinrich Martens, II. Bevollmächtigter Jos. Böttenberg,
III. Bevollmächtigter Aug. Drohste [Drost?],*

*I. Controleur Joh. Seghorn, II. Controleur Wilh. Schüfer, III. Controleur Chr. Herzog.*¹⁴

¹⁴ Stadtarchiv Varel, Bestand 2.2., Nr. 836, o. Pag.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

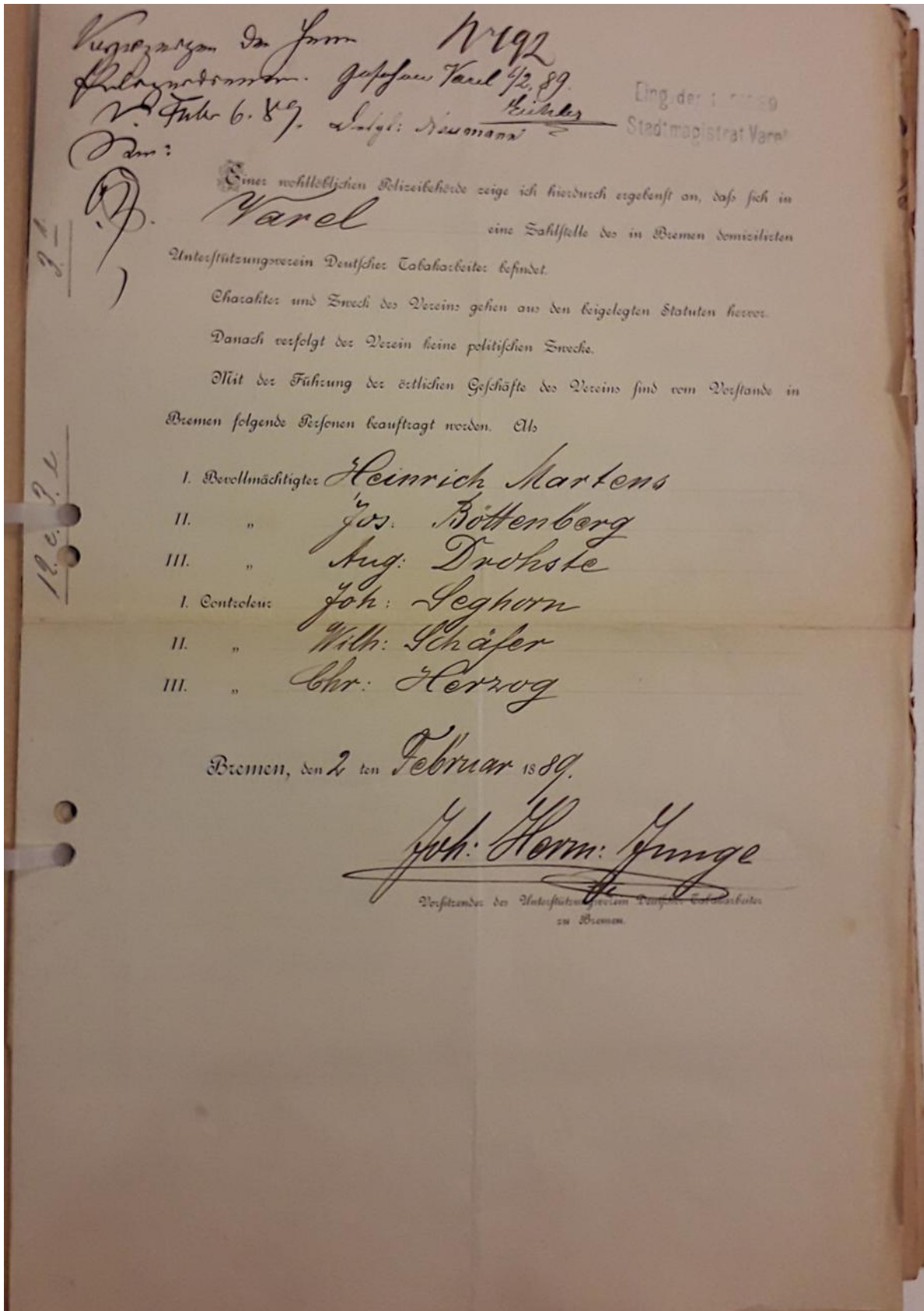


Abb.: Mitteilung zur Gründung Zahlstelle Varel vom 2. Februar 1889.
 Stadtarchiv Varel, Bestand 2.2., Nr. 836, o. Pag.

August 1889: Notiz über „Maßregelungen“ gegen Gewerkschaftsmitglieder bei der Zigarrenfabrik Bruns und Kumm.

Varel, 8. August. Das Treiben der hiesigen Fabrikanten gegenüber den Arbeiterorganisationen, welches in diesem Frühjahr durch die Maßregelung zweier Schlosser auf dem hiesigen Eisenwerk seinen Anfang nahm, ist wohl noch in gutem Gedächtniß. Es hat in der vergangenen Woche eine Fortsetzung erfahren. In der Zigarrenfabrik von Bruns u. Kumm war seit etwa 1 $\frac{1}{2}$ Jahren der Zigarrenarbeiter St. beschäftigt, ein bei seinen Kollegen sowohl wie auch von den Fabrikanten als tüchtiger Arbeiter geschätzter Mann. Im Frühjahr trat nun unter den hiesigen Arbeitern das Bedürfniß nach Organisation auf; die Zigarrenmacher hatten es besonders der Thätigkeit des St. zu verdanken, daß auch hier eine Filiale des „Unterstützungs-Vereins deutscher Tabakarbeiter“ gegründet wurde. Nun ist dieser Verein den Herren Fabrikanten aber ein Dorn im Auge und St. hatte seitdem unter allerlei Mißthelligkeiten zu leiden, indem man ihn durch Lieferung schlechten Materials u. das Leben so schwer als möglich zu machen und dadurch womöglich zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen suchte. Wenn St. sich auch diese Behandlung nicht immer so ganz ruhig gefallen ließ, so war derselbe doch zu kalter Natur, um sich dadurch zu irgend etwas Anderem verleiten zu lassen, was etwa der jungen Organisation hätte zum Schaden gereichen können. Den Herren Fabrikanten scheint, da alle Maßregeln nichts helfen, doch die Zeit zu lang geworden zu sein und so wurde St. mit dem Bemerkten: „daß in ihrer Fabrik keine Sozialdemokraten beschäftigt werden könnten“, von den Herren Bruns u. Kumm entlassen. Hinterher scheinen den Herren doch wohl Bedenken gekommen zu sein, in der Borausicht, daß etwas von der Maßregelung in die Deffentlichkeit bringen könnte und ließen dieselben einige Arbeiter in das Komptoir kommen, wo sie diesen bemerkten: „sie möchten es doch veranlassen, daß nichts von der Affäre in dem Organ der Tabakarbeiter, dem „Gewerkschafter“, käme, da es sonst leicht wäre, daß keine vernünftigen Arbeiter mehr in die Fabrik kämen“. Hoffentlich werden sich die betreffenden Arbeiter nicht davon zurückhalten lassen, die Angelegenheit in ihrem Organ zur Sprache zu bringen und an der richtigen Stelle festzunageln, was wir hiermit ebenfalls thun.

S.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 16. August 1889.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

9. Februar 1890: Versammlung mit dem Verbandsvorsitzenden Johann Junge (Bremen).

Varel, 5. Febr. Am Sonntag, den 9. d. Mts., findet hier selbst eine öffentliche Tabakarbeiter-Versammlung, zu der auch alle übrigen Arbeiter eingeladen sind, statt. Das Referat: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften, hat Herr Junge aus Bremen übernommen. Es wäre nur zu wünschen, daß die Versammlung recht

gut besucht würde, denn gerade den Vareler Arbeitern thäte eine kräftige Organisation noth, damit so manchem Uebergriff der Herren Arbeitgeber ein Damm entgegengesetzt

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 7. Februar 1890.

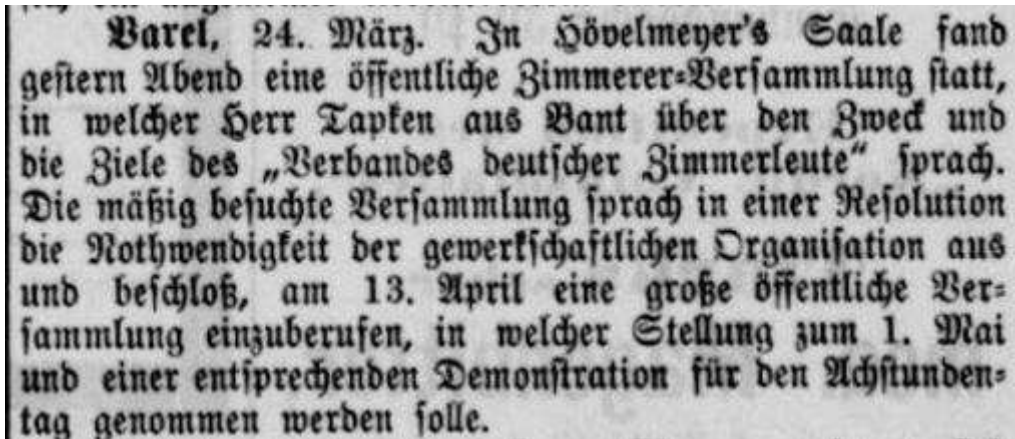
Varel, 10. Febr. Die gestern hier stattgefundene öffentliche Tabakarbeiterversammlung war von den hiesigen Cigarrenmachern vollzählig besucht, leider ist von der zu derselben ergangenen Einladung der anderen Arbeiter sehr wenig Gebrauch gemacht worden. Herr Junge als Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur allgemeinen Zufriedenheit, besonders geißelte derselbe die, gerade in der Cigarrenmacherbranche vielfach und auch am hiesigen Orte von den Fabrikanten viel gepriesene Hausarbeit. In der darauf folgenden Diskussion legte noch ein Redner aus der Versammlung den Arbeitern ans Herz, doch ja so viel als möglich sich zu organisiren, da gerade am hiesigen Orte sich die Herren Unternehmer alle möglichen Uebergriffe, welche manchmal den Gesetzen gegenüber geradezu Hohn sprechen, sich erlauben. Nun, hoffentlich wird auch bald einmal bei den hiesigen Arbeitern der Tag kommen, wo dieselben einsehen lernen, daß sie allein und zersplittert dem Kapital gegenüber nichts, in geschlossener Masse aber eine Macht darstellen. R.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 12. Februar 1890.

Die Vareler Zahlstelle löste sich dann offenbar in der Folgezeit auf. Erst nach dem Ende des „Sozialistengesetzes“ ist ab 1898 wieder eine Zahlstelle Varel des Tabakarbeiter-Verbandes nachweisbar.

5.2.5. Organisationsversuch Zimmerer-Verband und Hinweis auf Malerstreik in Varel (März / April 1890)

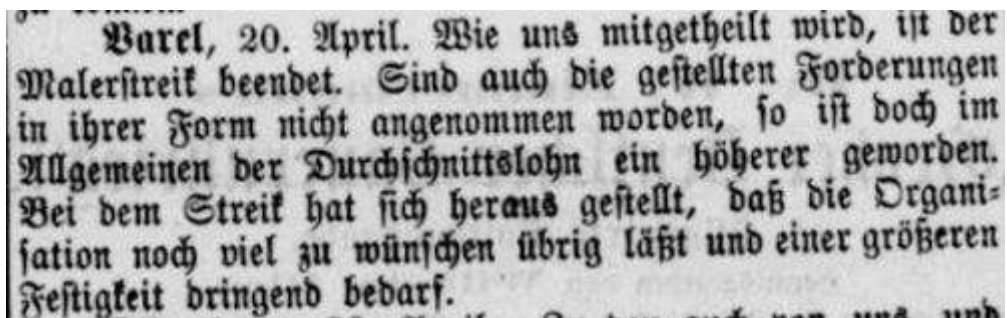
Gründungsversuch Verband der Zimmerer in Varel (März 1890).



Varel, 24. März. In Hövelmeyer's Saale fand gestern Abend eine öffentliche Zimmerer-Versammlung statt, in welcher Herr Tapfen aus Bant über den Zweck und die Ziele des „Verbandes deutscher Zimmerleute“ sprach. Die mäßig besuchte Versammlung sprach in einer Resolution die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aus und beschloß, am 13. April eine große öffentliche Versammlung einzuberufen, in welcher Stellung zum 1. Mai und einer entsprechenden Demonstration für den Achstundentag genommen werden solle.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 26. März 1890.

Hinweis auf Maler-Streik in Varel.



Varel, 20. April. Wie uns mitgetheilt wird, ist der Malerstreik beendet. Sind auch die gestellten Forderungen in ihrer Form nicht angenommen worden, so ist doch im Allgemeinen der Durchschnittslohn ein höherer geworden. Bei dem Streik hat sich heraus gestellt, daß die Organisation noch viel zu wünschen übrig läßt und einer größeren Festigkeit dringend bedarf.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 23. April 1890.

5.3. Sozialdemokratie in Varel 1878 bis 1890

Der Ortsverband der „Lassalleaner“ in Varel war bereits vor der 1875 erfolgten Einigung mit den „Eisenachern“ und der Gründung der gemeinsamen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ eingegangen (siehe Kapitel 4). Das Engagement und Auftreten der Anhänger der nach dem Inkrafttreten des „Sozialistengesetzes“ illegalen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ (SAP) in Varel beschränkte sich, soweit erkennbar, zunächst nur auf Besprechungen im Vorfeld der Reichstagswahlen vom Oktober 1881, Oktober 1884 und Februar 1887.

Am **20. November 1887** hielt Paul Hug (Bant) einen Vortrag in Varel über *„Die Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher für alle Arbeiter, die Erhöhung der Getreidezölle und Verlängerung der Legislaturperioden“*.

Aus dem Versammlungsbericht:

„Varel, 21. November. (...). Die Versammlung war gut besucht.

In ruhiger, sachlicher Weise und in gewandter, allen verständlicher Rede kritisierte der Redner die vorstehenden Fragen, die jedenfalls demnächst von den Kartellparteien im Reichstage (...) eingebracht werden und in jeder Weise (...) höchst verderblich in das geistige, materielle und soziale Leben des Volkes eingreifen würden. Am Schlusse forderte er alle wirklich liberalen Männer und namentlich auch die Arbeiter auf, energisch gegen diese reaktionären Maßnahmen Front zu machen und Protest zu erheben. Die Rede fand vielen Beifall.

Hierauf meldete sich ein Schlossergesell aus der Maschinenfabrik des Herren Winiker und Liber zum Wort und schilderte das Leben eines auf der Reise ohne Arbeit sich befindenden Handwerksburschen, der, wenn er sich ein Stück Brot erbettete, um seinen Hunger zu stillen, von der Polizei gleich einem gemeinen Vagabonden behandelt werde.

*Zum Schlusse wurde von dem Vorsitzenden nachstehende **Resolution verlesen und von der Versammlung einstimmig angenommen:***

'Die heute im Saale des Herrn Hövelmeyer tagende öffentliche Versammlung von Arbeitern aller Berufszweige erklärt (...):

*daß die von den Reaktionären und Zünflern geplante **Einführung obligatorischer Arbeitsbücher für alle Arbeiter geeignet ist, die Interessen der Arbeiter auf Tiefste zu schädigen**, indem dadurch die Würde des Arbeiterstandes verletzt und derselbe in ein seine Bewegungs- und Gesinnungsfreiheit hemmendes Abhängigkeitsverhältnis zu den Arbeitgebern gebracht wird. Die Versammlung protestiert deshalb gegen diese reaktionären Bestrebungen und wird diesem Protest nöthigen Falls den gehörigen Nachdruck geben.*

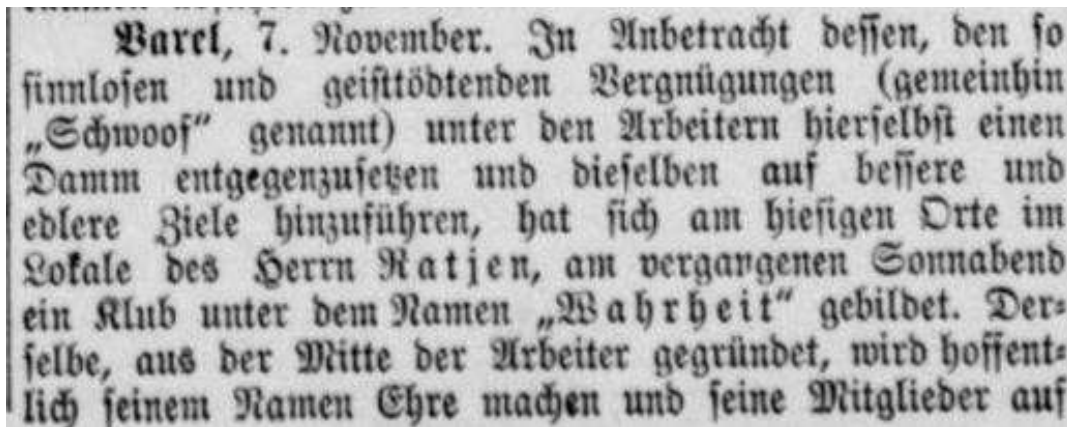
*Ebenso erklärt sich die Versammlung **gegen eine weitere Erhöhung der an und für sich schon vollständig ungerechtfertigten Getreidezölle**, da dieselben das Hauptnahrungsmittel der ärmeren Klassen in unverantwortlicher Weise vertheuern.*

*Ferner erklärt sich die Versammlung mit den Ausführungen des Referenten betr. die **Verlängerung der Legislaturperioden** einverstanden und protestiert gegen diesen Versuch der Beschränkung der Volksrechte.“¹⁵*

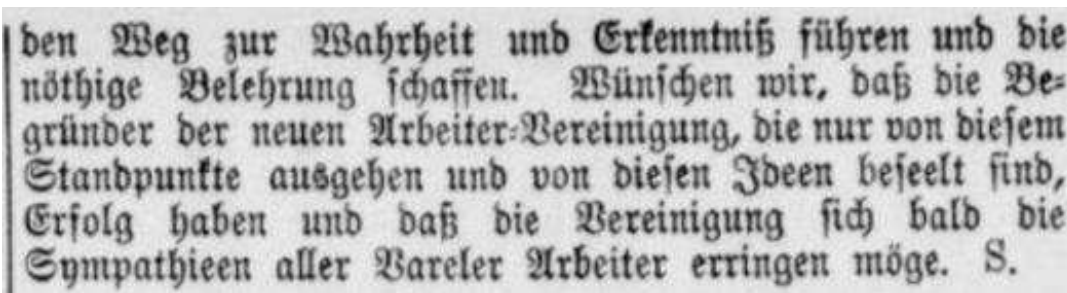
15 „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 25. November 1887.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

Im **November 1889** kam es zur Bildung einer „Tarn“-Organisation der noch illegalen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ in Varel, dem „**Club Wahrheit**“. Die Mitgliedschaft bestand aus Zigarrenmachern, Tischlern, einem Drechsler, einem Schuhmacher und einem Arbeiter.



Varel, 7. November. In Anbetracht dessen, den so sinnlosen und geisttödtenden Vergnügungen (gemeinhin „Schwoof“ genannt) unter den Arbeitern hieselbst einen Damm entgegenzusetzen und dieselben auf bessere und edlere Ziele hinzuführen, hat sich am hiesigen Orte im Lokale des Herrn Ratjen, am vergangenen Sonnabend ein Klub unter dem Namen „Wahrheit“ gebildet. Derselbe, aus der Mitte der Arbeiter gegründet, wird hoffentlich seinem Namen Ehre machen und seine Mitglieder auf



den Weg zur Wahrheit und Erkenntniß führen und die nöthige Belehrung schaffen. Wünschen wir, daß die Begründer der neuen Arbeiter-Vereinigung, die nur von diesem Standpunkte ausgehen und von diesen Ideen beseelt sind, Erfolg haben und daß die Vereinigung sich bald die Sympathien aller Varelser Arbeiter erringen möge. S.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 8. November 1889.



**Abonnements auf das
„Norddeutsche Volksblatt“
und „Wahren Jakob“
nehmen entgegen:**
In Varel: Hövelmøler, Langestr. 23.
R. Siebel, Neue Mühlenstr. 13.
In Dangastermoor: N. Bruns.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“,
Bant, Februar 1890.

Dieser „Club“ und seine Protagonisten waren es dann auch, die später ins Visier des Vorsitzenden des Tischler-Verbandes geriet. Bei seiner bereits erwähnten Denunziation vom März 1890 beim Varelser Magistrat wusste dieser zu berichten, wer in Varel sozialdemokratische Zeitungen las:

Vermerk des Stadtmagistrats vom 14. März 1890:

„Tischlergeselle Friedrich Grübmeyer: Ich bringe zur Anzeige, daß der **Cigarrenmacher Cordes, Tischler Siebel, Tischler Eilers, Schuhmacher Oetjengerdes** einen Verein gegründet haben, in welchem Der Sozialdemokrat gehalten wird. Die Zusammenkünfte finden bei Hövelmeyer statt.“

Vermerk vom 15. März 1890: „Derselbe: **Cigarrenmacher Drost, (...) Drechsler Franz Theilen** (...) sind noch mit dabei, ebenso Arbeiter Bruns zu Dangastermoor.“¹⁶

16 Stadtarchiv Varel, Bestand 2.1., Nr. 340, o. Pag.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

20. Februar 1890: Reichstagswahlen.

Die Reichstagswahl 1890 war die Wahl zum 8. Deutschen Reichstag.

Sie fand am 20. Februar 1890 statt.

Die Wahlbeteiligung lag bei knapp über 71 % und war damit niedriger als bei der Reichstagswahl 1887. Es war die erste Reichstagswahl in der Amtszeit von Kaiser Wilhelm II. Entsprechend stand sie im Zeichen der Auseinandersetzung zwischen dem neuen Kaiser, der sich anders als sein Großvater Wilhelm I. in die Tagespolitik einmischte, und Reichskanzler Otto von Bismarck.

Zu dieser Zeit war der Kaiser vor allem darauf aus, ein gutes Verhältnis zur Arbeiterschaft aufzubauen. Gegen den Widerstand Bismarcks, der dies als Zugeständnis an die Sozialdemokratie sah, hatte Wilhelm II. Anfang Februar eine Arbeitsschutzgesetzgebung eingeleitet.

Bereits am 25. Januar war Bismarck im alten Reichstag damit gescheitert, das Sozialistengesetz unbegrenzt verlängern zu lassen. Diese Niederlage kam auch dadurch zustande, dass die „Kartellparteien“ (Deutschkonservative, Freikonservative und Nationalliberale), die sonst Bismarck stützten, innerlich zerstritten waren, was wiederum daran lag, dass der Kaiser seine Ablehnung der Verlängerung des Sozialistengesetzes hatte durchblicken lassen.

Die Wahl wurde eine katastrophale Niederlage für die „Kartellparteien“, die 85 Mandate einbüßten, und ein Sieg für die Sozialdemokraten. Diese konnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Reichstagswahl auf 19,7 % praktisch verdoppeln (etwa 1,4 Millionen Stimmen) und wurden damit zum ersten Mal die nach Stimmen stärkste Partei.

Die Sozialisten in Varel begannen im Januar 1890 mit den Vorbereitungen zur Wahl.

Ihr Kandidat im 2. oldenburgischen Wahlkreis, Paul Hug, kam zu einigen Veranstaltungen in die Stadt und Landgemeinde Varel:

11. Januar 1890: Versammlung in Varel beim Gastwirt Hövelmeyer.

12. Januar 1890: Versammlung in Rallenbüschen bei Gastwirt Wächter.

Große öffentliche Volks-Versammlungen.

☛ In Varel: ☛
Am Sonnabend, den 11. Januar, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Hövelmeyer.

☛ In Rallenbüschen: ☛
Am Sonntag, den 12. Januar, Nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Herrn Wächter.

☛ In Steinhausen: ☛
Am Sonntag, den 12. Januar d. J., Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Schwoon.

==== Tages-Ordnung: ====

Die Thätigkeit des Reichstages und die kommende Reichstagswahl.
Referent: Herr Paul Hug aus Bant.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen bittet **Der Einberufer.**

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 10. Januar 1890.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

Auf der Versammlung in Varel organisierten die Teilnehmer aus ihrer Mitte eine „*Tellersammlung am Schlusse der Versammlung*“, da es nach Meinung eines anwesenden Setzers „*noch genug Kosten während der Wahlagitation geben werde, wo man es gebrauchen könne*“.¹⁷

15. Januar 1890: Versammlung in **Büppel**. Ein Versammlungsbericht liegt nicht vor.

16. Januar 1890: Versammlungen in **Rallenbüschen** und **Varel**.
Versammlungsberichte liegen nicht vor.

Mittheilung!

Zum Betreiben der Wahlagitation für die Arbeiterpartei im 2. Oldenburgischen Reichstags-Wahlkreis hat sich folgendes Wahl-Komitee konstituiert:
Die Herren **J. Tapken**, Karlstraße, Belfort, **G. Schirdewohn**, Alühlenweg, Altheppens, **W. Schmerle**, Kopperhörn.

Zum Betreiben der Wahl-Agitation für die Arbeiterpartei im 2. Ostfriesischen Wahlkreise hat sich als Wahl-Komitee konstituiert:
Die Herren: **M. Bootsman**n, Kopperhörn, **A. Sünkler**, Alten-deichsweg, **C. Wichmann**, Wilhelmshaven.

Alle Mittheilungen und Anfragen in Bezug auf die Wahl-Agitation oder die Uebermittlung von Geldern für die Wahlvorbereitung bittet man für den 2. Oldenburgischen Wahlkreis zu richten an Herrn **J. Tapken**, Karlstraße, Belfort, für den 2. Ostfriesischen Wahlkreis an Herrn **M. Bootsman**n in Kopperhörn.

Gleichzeitig fordert obiges Wahl-Komitee alle Wähler, die ein Interesse daran haben, daß die Wahl im Sinne der sozialistischen Arbeiter-Partei ausfällt resp. die Stimmenzahl auf ihren Kandidaten sich vereinigen, auf, mitzuwirken, daß die Agitation so energisch und ausgiebig wie nur immer möglich betrieben werden kann. Ganz besonders sehen die Komitee's der Unterstützung der Agitation durch Geldmittel entgegen.

Das Wahl-Komitee des 2. Oldenburgischen Wahlkreises.
S. A.: **J. Tapken**.

Das Wahl-Komitee des 2. Ostfriesischen Wahlkreises.
S. A.: **M. Bootsman**n.

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 22. Januar 1890.

¹⁷ „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 17. Januar 1890.

5. Gewerkschaften / Sozialdemokratie Varel unterm „Sozialistengesetz“ (1878 bis September 1890)

Aus Stadt und Land.

Bant, 22. Febr. Ergebniß der Reichstagswahl im 2. oldenburgischen Wahlkreise am 20. Februar.

	Traeger (freisinnig)	Schröder (nationall.)	Hug (Sozialist)
Stadt Varel	410	316	122
Landgemeinde Varel	605	85	175
Bockhorn	440	52	13
Zetel	382	54	34
Neuenburg	209	27	2
Zever	368	287	61

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 24. Februar 1890.

Dangastermoor. Nicht weit vom Bahnhof Dangastermoor stand noch vor einigen Jahren eine kleine dänische Strohdachhütte. Fremde Besucher unseres Ortes richteten stets ihr Augenmerk darauf. Sie war etwa 400 Jahre alt. In der Berliner Kunsthalle ist sie jetzt als Gemälde ausgestellt. Auffällig geworden, mußte die Hütte einem Neubau Platz machen. Diese Hütte war aber auch der Ort, wo unter der finsternen Zeit des Sozialistengesetzes sich Genossen zusammenfanden, um zu beraten, wie sie die Bewegung des arbeitenden Volkes fördern konnten. Von hier aus wurden Flugblätter und Schriften bei Nacht und Nebel von Haus zu Haus getragen. Handwerksgejellen aus Varel suchten diesen kleinen Ort auf und wirkten mit. Das, Parteigenossen, wollen wir uns heute zur roten Woche wieder vor Augen führen. Schwer war der Kampf der Alten damals. Leicht dagegen muß es heute für uns sein, Mitglieder für die Partei und Leser für das „Norddeutsche Volksblatt“ zu gewinnen, wenn wir nur ernstlich ans Werk gehen. Tue jeder seine Pflicht!

Abb.: „Norddeutsches Volksblatt“, Bant, 14. März 1914.